



# TRANSFORMATION IN DER ZEITENWENDE: JETZT IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN

# TRANSFORMATION IN DER ZEITENWENDE: JETZT IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN

Die aktuellen Entlastungspakete sind ein wichtiges Signal für die Bürger:innen und Unternehmen. Sie lindern in der akuten Krise die hohen finanziellen Belastungen. Diese akute Entlastung lindert aber nur die Symptome. Um die Krise nachhaltig zu überwinden, muss das eigentliche Problem umgehend angegangen werden: unsere strukturelle Abhängigkeit von fossilen Energien. Dafür muss sowohl die Energiewende als auch die industrielle Transformation hin zu erneuerbaren Energien und Klimaneutralität massiv beschleunigt werden. Nur Innovationen für und Investitionen in Energieeffizienz, erneuerbare Energien und die Dekarbonisierung der Industrie machen unser Land, unsere Unternehmen und unsere Arbeitsplätze zukunftssicher und krisenfest.

Daran haben wir ein gemeinsames Interesse. Deshalb haben wir uns als Gewerkschafter:innen und Umweltschützer:innen zum gegenwärtigen Zeitpunkt zusammengefunden. Wir fordern jetzt entschiedenes Handeln für eine klimaneutrale Zukunft. So wird die Transformation konkret und für viele Menschen ein Erfolgsmodell.

**Wir fordern zudem von der Bundesregierung, dass sie die Vorschläge der ExpertInnen-Kommission Gas und Wärme umsetzt, die über die kurzfristige Krisenreaktion hinausweisen und unser Land gerechter und zukunftsfähiger machen. Dazu gehören:**

- ▶ **Ein Auszahlungsweg für zielgerichtete Direktzahlungen an Bürger:innen.** Damit werden gerechtere Modelle der Entlastung möglich als die vorgesehene pauschale, am Vorjahresverbrauch orientierte Bezuschussung. Auch das im Koalitionsvertrag versprochene Klimageld kann dann schnell eingeführt werden. Damit die soziale Unausgewogenheit des aktuellen Modells abgemildert wird, muss für Spitzenverdiener:innen die vorgeschlagene Versteuerung der Entlastung als geldwerter Vorteil kommen.
- ▶ **Vollständige Umsetzung der Empfehlungen für Anreize und Regulierungen,** die kurz- und langfristig den Gasverbrauch senken, wie beispielsweise die verstärkte Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden. Hier sollte gezielt der Gebäudebestand mit überwiegend einkommensschwachen Haushalten priorisiert werden, neben besonders ineffizienten sowie öffentlichen Gebäuden. Darüber hinaus müssen ambitionierte energetische Mindeststandards für Gebäude vorgezogen und eine verbindliche kommunale Wärmeplanung eingeführt werden. Für eine schnelle Gaseinsparung in der Industrie bedarf es zeitnah Ausschreibungen zur Förderung eines Brennstoffwechsels, bevorzugt auf „grüne“ Energieträger („Substitutionsprodukt Gas“) sowie „Klimaschutzverträge Plus“ für kleine und mittlere Unternehmen.
- ▶ **Bindung der Gaspreisbremse für die Industrie an Standortsicherung und Transformation.** Für die Entlastung von hohen Gaspreisen durch öffentliche Mittel braucht es eine Gegenleistung: Wir erwarten ein Bekenntnis zu den Standorten, zu Arbeitsplätzen und guter Arbeit sowie zur Transformation Richtung Klimaneutralität. Die Beschäftigten brauchen eine Perspektive, die den Weg ihrer Unternehmen in der Transformation klar aufzeigt. Der Vorschlag der Kommission schreibt den Sozialpartnern eine besondere Verantwortung für die Entwicklung der Standortsicherungskonzepte zu. Nur die mitbestimmte ist eine nachhaltige Transformation, die langfristig Standortsicherung garantieren kann. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass jedes Standortsicherungskonzept auch ein Transformationskonzept wird. Darin müssen die Unternehmen aufzeigen, mit welchen Investitionen und neuen Geschäftsmodellen sie sich resilient für eine klimaneutrale Zukunft aufstellen.

Aber wir müssen auch über die Vorschläge der Kommission hinausdenken. Es gilt, jetzt Zukunftsinvestitionen in einen klimaneutralen Industriestandort Deutschland zu beschleunigen. Sonst würden aufgrund weiterhin hoher Energiepreise nötige – und in der energieintensiven Industrie schon lange gestaute – Investitionen weiter zurückgestellt. Bei den hohen Energiepreisen und Materialengpässen in den Lieferketten kann davon ausgegangen werden, dass diese Zurückhaltung nicht nur aktuell, sondern auch für die nächsten Monate bis Jahre anhalten würde. Zeit, die wir nicht haben, wenn wir unsere eigenen nationalen und europäischen Klimaziele einhalten, die Abhängigkeit von fossilen Importen reduzieren und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie erhalten wollen.

Aktuell steuern wir auf eine Rezession zu, die die nötige Modernisierung der Standorte in Deutschland ausbremsen würde. Der Transformationsdruck für Investitionen in neue Geschäftsmodelle verstärkt sich durch die aktuelle Situation sogar, die Spielräume aber verkleinern sich für die Unternehmen dramatisch. Im schlechtesten Fall würde dies dann spätestens nach der aktuellen Krise und dem Ende der Unterstützungsprogramme zu hohen Arbeitsplatzverlusten und Standortschließungen führen. Zu einem Verlust von Arbeitsplätzen, die größtenteils sozialpartnerschaftlich gestaltet und tariflich gesichert sind – einem Verlust von Guter Arbeit. Die Arbeitnehmer:innen und die Unternehmen sichern zugleich wichtige Bausteine für das Gelingen der Transformation, denn für eine klimaneutrale und resiliente Wirtschaft sind neben funktionierenden Wertschöpfungsketten auch und gerade gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte notwendig. Sie sind die Basis für Innovationen und Fortschritt.

## Eine Investitionsoffensive ist notwendig: jetzt!

Deshalb ist jetzt ein massiver, von der öffentlichen Hand unterstützter Investitionsschub Richtung Transformation nötig. Genau jetzt in der Krise ist das positive Signal Richtung Zukunft entscheidend. Wir fordern daher eine breite Investitionsoffensive in neue und effiziente Produktionsanlagen. Nur der schnelle Wechsel auf Produktionsprozesse auf Basis erneuerbarer Energien ermöglicht eine klimaneutrale Industrie. Es geht jetzt darum, Signale zu setzen: Mit geeigneten Rahmen und öffentlichen Investitionen muss das private Kapital angereizt werden, um in eine von Autokraten und Despoten unabhängige Energieversorgung und eine klimaneutrale Industrie zu investieren. Wir brauchen jetzt den Aufbruch: Lernen wir aus der Krise, unterstützen wir akut Bürger:innen und Unternehmen, aber setzen wir gleichzeitig Kraft und Mittel frei, um Vorkehrungen für den nächsten Winter zu treffen und die Grundlage für unsere Energiesouveränität zu schaffen!

**Daher: Um unsere Wirtschaft zu modernisieren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, muss der Staat nun Investitionen anreizen – nicht erst in 2024, sondern jetzt! Dazu gehören:**

- ▶ **Nötige Investitionen in Industriestandorte in Deutschland jetzt auslösen:** Die dafür erforderlichen öffentlichen Mittel könnten mit einem neuen Zukunftsinvestitionsfonds oder einem erweiterten, umfangreich ausgestatteten Klima- und Transformationsfonds mobilisiert werden.
- ▶ **Verantwortung einfordern:** Ob bei Gaspreisbremse, Hilfen aus dem Abwehrschirm oder einem Investitionsfonds: die Unternehmen müssen mit diesen Geldern verantwortlich umgehen und sich zu ihren Standorten, ihrer Belegschaft und Guter Arbeit bekennen sowie sich zu konkreten Maßnahmen für mehr Energieeffizienz und verbindlichen Fahrplänen zur Transformation im Einklang mit den Klimazielen verpflichten.
- ▶ **Schnellstarter belohnen:** Lange Genehmigungsverfahren bergen hohe Unsicherheit für Investoren. Sie müssen beschleunigt werden. Zusätzlich kann eine staatliche Absicherung von Risikokapital (etwa über Bürgschaften) vor allem beim Bau von Erneuerbare-Energien-Anlagen eine weitere

konkrete Beschleunigung bedeuten, weil dann die Produktion von Anlagen und ihren Komponenten nicht erst dann beginnt, wenn die Genehmigung abgeschlossen ist.

- ▶ **Turbo für neue Produktionsstandorte in Europa:** Um die im Sinne künftiger Krisenresilienz notwendigen Technologien der Energiewende auch in Europa herstellen zu können, müssen Ansiedlungen gezielt gefördert und beschleunigt werden, so wie es beispielsweise bei der Chip-Produktion gelingt. Das betrifft vor allem Photovoltaik-Produktion und deren Komponenten (etwa Silizium) wie auch Windkraft und Elektrolyseure für die Wasserstoffproduktion.
- ▶ **Klimaschutzverträge einführen und ausreichend, aber zeitlich begrenzt ausstatten:** Hier muss aufgrund der hohen Energieintensität ein Fokus auf der Transformation in der Grundstoffindustrie liegen. Mit diesem Instrument wird der nötige Hochlauf klimagerechter Produktion beschleunigt. Flankierend dazu ist Unterstützung für die Etablierung grüner Leitmärkte nötig.
- ▶ **Ausbau von erneuerbaren Energien und Wasserstoffproduktion beschleunigen:** Vereinfachung und Vereinheitlichung der Zustimmungsprozesse in den Behörden ist erforderlich, um der Transformation Schwung zu geben. Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei vom Strukturwandel stark betroffene Regionen wie etwa die (ehemaligen) Bergbaureviere.
- ▶ **Infrastrukturen für erneuerbare Energien & Wasserstoff ausbauen:** Dies kann auch helfen, den für 2023 prognostizierten Auftragseinbruch im Baugewerbe abzuwenden.
- ▶ **Potenziale in anderen Sektoren heben:** Ein Programm „worst first“ mit wärmepumpenkompatibler Sanierung des vor 1976 gebauten Gebäudebestandes. Darin wohnen tendenziell eher einkommensschwache Menschen, deren Heizkosten so nachhaltig gesenkt werden können. Hier ist am meisten Gas zu sparen. Hier haben die Maßnahmen den größten Klimaeffekt und rechnen sich am meisten.
- ▶ **Europäisch denken & Hürden abbauen:** In der Krise ist eine enge europäische Zusammenarbeit notwendig, sodass europäische Solidarität für die Menschen in der Krise und darüber hinaus in der Transformation konkret wird. Dazu gehören Anpassungen in den europäischen Regularien, etwa im Beihilferecht und im Stabilitäts- und Wachstumspakt, genauso wie solidarische Investitionen in die europäische Energiewende und die gemeinsame Beschaffung von knappen Rohstoffen und Komponenten für die Energiewende sowie von grünem Wasserstoff und seinen Derivaten durch EU-Staaten. Für den Übergang gehört dazu auch der gemeinsame Einkauf von LNG.

**Diese Maßnahmen zahlen konkret auf ein Ziel ein: die Transformation zu beschleunigen statt abzubremsen.** Mit einem Investitionspaket in der Größenordnung von etwa 100 Milliarden Euro jährlich setzt der Staat ein unübersehbares Signal an das private Kapital, hier und jetzt in die Industriestandorte und deren gerechten Umbau Richtung Klimaneutralität zu investieren. Die Schuldenbremse darf nicht zur dogmatischen Zukunftsbremse werden! Sie darf heute nicht die Investitionen ausbremsen, deren Ausbleiben massive Kosten in der Zukunft bedeuten würde. Dieses starke Signal wirkt auch in die Gesellschaft: Wir kommen mit den aktuellen Entlastungen nicht nur akut durch diesen Krisenwinter, sondern werden auch mit einem transformierten Energiesystem und einer modernisierten Industrie widerstandsfähiger und unabhängiger in die nächsten Winter gehen. So erreichen wir das Ziel der Klimaneutralität spätestens 2045 gemeinsam, ohne Arbeitsplatzverluste und mit einem robusten Industriestandort, mit mitbestimmten, tarifgebundenen Jobs an modernisierten Standorten und in neuen Produktionszweigen.

## **Impressum**

Haupterausgeber:  
Deutscher Naturschutzring (DNR)  
Marienstraße 19-20  
10117 Berlin

Germanwatch e. V.  
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE)  
WWF Deutschland

Ansprechpartner:  
Deutscher Naturschutzring (DNR)  
Tobias Pforte-von Randow  
[tobias.pfortevonrandow@dnr.de](mailto:tobias.pfortevonrandow@dnr.de)

Germanwatch e.V.  
Lutz Weischer, Politische Leitung Berlin  
[weischer@germanwatch.de](mailto:weischer@germanwatch.de)

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE)  
Dr. Sophia Schönborn, Abteilung Politik und Internationales  
[Sophia.Schoenborn@igbce.de](mailto:Sophia.Schoenborn@igbce.de)

WWF Deutschland  
Viviane Raddatz, Leiterin Klimaschutz und Energiepolitik  
[viviane.raddatz@wwf.de](mailto:viviane.raddatz@wwf.de)

Stand:  
November 2022